

# P e t i t i o n

An den  
Deutschen Bundestag  
Petitionsausschuss  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Datum:

## Persönliche Daten

Herr  Frau

Name

Vorname

Titel

## Anschrift

Ort

PLZ

Straße

Land/Bundesland

Telefon/Fax/E-mail

### Kurze Schilderung des Gegenstands der Petition

Der politische Effizienz-Schwindel/Betrug mit thermischen Solaranlagen:  
Es wird den Bundesbürgern suggeriert, dass man mit thermischen Solaranlagen angeblich 60% Energie einsparen könne, was nachweislich nicht stimmt. Es werden lediglich effektiv ca. 5-8% Energie eingespart bzw. 1000-2000 kWh bzw. 50-80 Euro effektive Energiekostensenkung.

### Wortlaut der Petition

Mit Hilfe von mit Steuergeldern finanzierte Werbekampagnen (SOLAR-WÄRME-PLUS und SOLAR-NA-KLAR) wird in Verantwortung von Bundesumweltminister Trittin ahnungslosen Bundesbürgern suggeriert, dass man mit thermischen Solaranlagen angeblich 60% Energie einsparen könne, was in Wahrheit nicht stimmt, wie meine Webseite [www.solarkritik.de](http://www.solarkritik.de) umfangreich belegt. Über die Irreführung und auch den mutmasslichen Betrug der insbesondere von der SOLAR-Kampagne SOLAR-WÄRME-PLUS ausgeht, geben die zahlreichen von mir recherchierten Dokumente auf meiner Webseite [www.solarkritik.de](http://www.solarkritik.de) umfangreich Auskunft: Einige ausgewählte Beispiele:

<http://people.freenet.de/solarkritik/SWP20040630.pdf>  
<http://people.freenet.de/solarkritik/SWP20040415.pdf>  
<http://people.freenet.de/solarkritik/UmwBuAmt20040525.pdf>

Die Staatsanwaltschaft Berlin ist angeblich juristisch machtlos gegen solche Machenschaften, da die Solarwärmeplus-Kampagne nicht in unmittelbare Geschäftsbeziehung zu Solarkunden steht, siehe hier: <http://people.freenet.de/solarkritik/GenStaBer20040505.pdf>

Das heisst mit anderen Worten:

Es kann und wird eine betrügerische Solarkampagne mit Steuergeldern finanziert, die den Solarfirmen zusätzlich Werbemittelkosten einsparen hilft, und die Staatsanwaltschaft muss zuschauen, da eine unmittelbare Geschäftsbeziehung nicht zustande kommt.

Die Justiz hat nachweislich im Jahre 1998 bis 2001 solarkritische Gutachtenergebnisse von gerichtlich veranlassten Gutachten unterschlagen, um diesen betrügerischen Solarkampagnen eine juristische Grundlage zu geben. Ich verlange eine umfangreiche Überprüfung des hiergeschilderten Sachverhaltes und ich verlange politisches Gehör.

Ich bin mit der Nennung meines Namens einverstanden, falls der Petitionsausschuss meine Petition im Rahmen seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nutzt.

Ja  Nein

Ort, Datum, Unterschrift

Recklinghausen, 18.07.2004,

Ihre Unterschrift unter der Petition ist aus Rechtsgründen wichtig. Senden Sie die Petition bitte per Post oder Telefax (Fax: (030) 227 36027) an die oben angegebene Adresse.